

Noch **20** Tage

24.–26. Juni 2011

Der Landbote

ZRZ plus
 Zürcher Regionalzeitungen


TAGBLATT VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG

 Vormittag
13°
 Nachmittag
25°


WETTER SEITE 32

Grosi-Revolution:
 Weshalb heute Grossmütter
 in Zürich mit Pauken und
 Trompeten demonstrieren

SEITE 23

Afro-Pfingsten:
 Was klingt «afrikanisch»?
 Nicht zwingend Musik
 aus Afrika selbst

SEITE 14

Verkehrsschild:
 Tempo 50 oder 80?
 Eine Tafel in Pfungen
 kann Autofahrer verwirren

SEITE 25

**FEDERERS COUP IN PARIS**
 Im Halbfinal des French Open hat Roger Federer die Siegesserie des Serben
 Novak Djokovic beendet. Der Schweizer setzte sich in vier umkämpften Sätzen
 durch und trifft nun am Sonntag im Final auf Rafael Nadal. Bild: key

Seiten 33 + 34

Dätt nau: Anwohner suchen Kompromiss

WINTERTHUR. Die Anwohner glauben, die geplante
 Grossüberbauung im Dätt nau noch in ihrem Sinn
 beeinflussen zu können. Auch die Stadt hat noch
 Wünsche. Doch Änderungen sind unwahrscheinlich.

CHRISTIAN GURTNER

 Im Dätt nau am Rand von Töss
 sind mitten in der Natur drei
 riesige Wohnblöcke geplant –
 der längste von ihnen soll fast
 140 Meter lang werden («Land-
 bote» vom 20. Mai). Obwohl
 das Baugesuch bereits einge-
 reicht ist, hoffen einige Anwoh-
 ner, das Projekt noch stoppen

 zu können. Daran glaubt der
 Präsident des lokalen Quartier-
 vereins, Massimo di Marino,
 zwar nicht. Er hofft aber, an
 einem Treffen mit der Bauher-
 rin noch eine «Umgestaltung»
 zu erwirken: Der längste Block
 soll aufgeteilt werden. Auch die
 Stadt hätte gerne Änderungen.
 Stadträtin Pearl Pedernana
 (SP) strebt eine «Abstockung»

 von Gebäudeteilen an, um den
 Übergang zwischen Siedlung
 und Natur sanfter zu gestalten.
 Doch die Bauherrin will beides
 nicht. Sie beruft sich auf den
 Gestaltungsplan, der schon vor
 sechs Jahren genehmigt wurde.
«Bitte Projekt sistieren»
 Der aktuelle Stadtrat ist gegen
 das Projekt, wie Pedernana in
 einem Brief an protestierende
 Anwohner andeutet. Die Re-
 gierung, so heisst es im Schrei-
 ben, «wäre froh, wenn die
 Eigentümerin das Vorhaben
 sistieren würde».

Seite 11

Kopp versteigert Kunst

ZUMIKON. An einer Auktion
 in Luzern wird die Kunstsamm-
 lung von Hans W. Kopp ver-
 steigert. Der 2009 verstorbene
 Ehemann der ersten Bundesrät-
 in Elisabeth Kopp hatte sich
 für afrikanische Stammeskunst
 interessiert und in 50 Jahren
 Sammeltätigkeit eine grosse
 Kollektion zusammengetragen.
 In Luzern kommen am 20. Juni
 64 Stücke aus dem Hause Kopp

 unter den Hammer. Das teuer-
 ste Objekt ist ein Widderkopf
 aus dem Königreich Benin des
 18. Jahrhunderts, dessen Wert
 auf 120 000 bis 180 000 Franken
 geschätzt wird. Elisabeth Kopp
 erklärte, sie lasse die Sammlung
 versteigern, weil sie in ihrer
 Wohnung zu wenig Platz dafür
 habe und weil sie wünsche, dass
 sich ein breites Publikum daran
 erfreuen könne. (bä)

Seite 27

Geheimpapier zu Mühleberg

BERN. In den fünf Schweizer
 AKWs ist der EU-Stresstest an-
 gelaufen. Die AKW-Betreiber
 müssen dem Eidgenössischen
 Nuklearsicherheitsinspektorat
 Ensi bis Ende Oktober ihre
 Schlussberichte abliefern.

 Stress dürfte die Betreiberin
 des Kernkraftwerkes Mühle-
 berg, die BKW, zusätzlich be-
 kommen, weil ein Komitee von
 Mühleberg-Gegnern den Si-
 cherheitsbefund eines nord-

 deutschen TÜV ins Netz ge-
 stellt hat. Dieser stellt die Si-
 cherheit des Kernmantels in
 Mühleberg in Frage. Beim
 Bericht handelt es sich nicht
 um irgendein Gutachten: Die
 Sicherheitsüberprüfung wurde
 2006 von der Ensi-Vorgänger-
 Behörde selbst in Auftrag ge-
 geben. Die BKW teilt mit, man
 habe dem Ensi bereits Nach-
 besserungsvorschläge unter-
 breitet. (kal)

Seite 5

Grossbrand in Munitionsdepot

MOSKAU. Nach einer schweren
 Explosion und einem darauf-
 folgenden Grossbrand in einem
 Munitionsdepot in Russland
 haben am Donnerstagabend
 30 000 Anrainer fluchtartig ihre
 Häuser verlassen müssen. Laut
 den Behörden erlitten zwei
 Personen wegen des Brandes
 tödliche Herzattacken, 30 wei-
 tere Menschen wurden verletzt.
 Auf dem Gelände 950 Kilometer
 östlich von Moskau befin-
 den sich mindestens 5000 Eisen-
 bahnwaggons mit rund 150 000
 Tonnen Munition. Die Detona-
 tionen dürften laut Behörden-
 angaben noch mehrere Tage
 andauern. Fernsehbilder zeig-
 ten gewaltige Explosionen, ge-
 folgt von grossen Feuerbällen,
 die inmitten dunkler Rauch-
 wolken zum Himmel aufstie-
 gen. Geschosssplitter wurden
 noch in zwei Kilometern Ent-
 fernung entdeckt. (red)

Seite 44



ANZEIGE

**CLUB
GOLF**
 SEMPACHERBEE KYBURG

WWW.GOLF-KYBURG.CH


 RESTAURANT &
 LOUNGE LA GLORIA

Lehman-Pleite: CS reagiert

ZÜRICH. Weil die Berater der
 Credit Suisse ungenügend über
 die Risiken von Lehman-Papie-
 ren aufgeklärt haben, musste
 die Grossbank rund 4000 Kun-
 den entschädigen. Einen sol-
 chen Fall soll es jetzt jedoch bei
 der CS nicht mehr geben. Die
 Grossbank passt auf den 1. Juli
 ihre Beratungspraxis entspre-
 chend an. (j)

Kommentar Seite 7

Eine ernüchternde Antwort

WINTERTHUR. 1,1 Millionen
 statt 4,5 Millionen Franken:
 Die Summe, die der Stadtrat
 mit einem zentralen Immo-
 bilienmanagement jährlich spa-
 ren wollte, ist arg geschrumpft.
 Das geht aus der Antwort auf
 eine im Gemeinderat breit ab-
 gestützte Anfrage hervor. Mi-
 chael Zeugin (GLP), der die
 Interpellation eingereicht hat-
 te, kritisiert, der Stadtrat prä-

 sentiere nur «eine Auflistung
 von Ausreden, weshalb er die
 eigenen Ziele nicht erreichen
 kann». Das Gärtchendenken in
 der Verwaltung habe Einspa-
 rungen verhindert. Zeugin be-
 fürchtet nun, dass auch mit dem
 Zusammengriff der Verwaltung
 kaum Geld gespart werden
 könne, «wenn Ankündigung
 und Umsetzung derart weit aus-
 einanderliegen». (fmr)

Seite 11

Revision im Fall Kachelmann

MANNHEIM. Nach dem Frei-
 spruch des Wettermoderators
 Jörg Kachelmann vom vergan-
 genen Dienstag geht die Staats-
 anwaltschaft in Berufung, um
 eine vollständige schriftliche
 Urteilsbegründung zu erhalten.
 Formal stehe der Beschluss
 aber noch aus, sagte Staatsan-
 walt Oskar Gattner dem Sen-
 der SWR gestern. (red)

Seite 44

ANZEIGE


Hästens
 Füllling dream
 since 1852
 Hästens Store Marthalen
 Schaffhauserstrasse 6, CH-8460
 Marthalen/ZH +41 52 305 45 02
 marthalen@hastens.ch
 www.hastens.ch

AUSGEZEICHNET

MATURARBEITEN: Sieben Abschlussarbeiten aus Winterthur wurden prämiert **SEITE 12**

MAAG GEAR

GLOBETROTTER: Der neue Chef arbeitet lieber in der Schweiz als in Botswana **SEITE 13**

LEBENDIGE LITERATUR

SOLOTHURN: Begegnung mit Dragica Rajcic, Jürg Amann und Jens Steiner **SEITE 15**



Information, keine Diskussion

An einem Treffen mit der Bauherrin wollen die Dättnauer noch Änderungen an der geplanten Grossüberbauung vorschlagen. Diese will den Anwohnern aber nur «das Projekt genau erklären».

CHRISTIAN GURTNER

Die geplanten «Wohnriegel» am Siedlungsrand haben im Dättnau wenig Freunde. Der Quartierverein habe als Zeichen des Protests den Baurechtsentscheid angefordert, sagt Präsident Massimo di Marino. Aktiv geworden sind auch Einzelpersonen, die unter anderem die Infotafel zum Naturweg Dättnau, die inmitten der Bauvisiere steht, zu einer Art Protesttafel umfunktionierten. Einige Anwohner wollen gar Geld sammeln, um dem Eigentümer das Areal abzukaufen und so das Projekt zu stoppen. Das ist – theoretisch – noch möglich, denn der Kaufvertrag zwischen der alten Eigentümerin, der Keller AG Ziegeleien, und der Bauherrin, der Pensimo Management AG, ist noch nicht unterschrieben.

Auf seiner Homepage hat der Quartierverein einen anonymisierten Brief aufgeschaltet, den Stadträtin Pearl Pedergnana (SP) an Anwohner schickte, die sich bei ihr beschwerten. In dem Schreiben gibt die Politikerin an, der heutige Stadtrat sei gegen das Projekt in dieser Form. Sie habe sich mit der Landeigentümerin getroffen und ihr mitgeteilt, «dass ich, wie auch der Stadtrat, froh wäre, wenn sie das Vorhaben sistieren würde». Aufgrund die-

ses Gesprächs könne sie den Anwohnern aber «keine allzu grossen Hoffnungen machen». Mehr als bitten kann die Regierung nicht mehr: Der Gestaltungsplan für das Projekt, das schon seit 1994 existiert, wurde 2005 genehmigt. Aus Gründen der Rechtssicherheit könnten die planungsrechtlichen Grundlagen nicht in Frage gestellt werden, schreibt Pedergnana. «Ich

verstehe Ihre Argumente sehr gut und kann Ihren Ärger gut nachvollziehen. Ich kann aber weder die Einzonung rückgängig machen noch den Gestaltungsplan ausser Kraft setzen.» Für eine Auszonung mit einer Entschädigung des Eigentümers habe die Stadt «schlicht und einfach das Geld nicht».

Vielerlei Wünsche

Die Bauherrin bemüht sich, die Wogen zu glätten. Am 4. Juli will die Pensimo AG einen Anlass ausrichten, an dem neben dem designierten CEO der Firma, Jörg Koch, auch der verant-

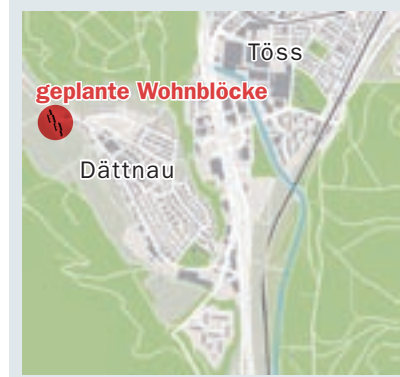
wortliche Architekt und ein Vertreter des Rechtsdiensts der städtischen Baupolizei teilnehmen sollen. Quartiervereinspräsident di Marino hofft auf eine «Umgestaltung»: «Vielleicht könnte man im längsten Gebäude einen Spalt lassen, damit es nicht so wuchtig daherkommt.» Andere Begehlichkeiten gibt es bei der Stadt, die eine «sanftere Verbindung des Siedlungsrandes mit dem Erholungsgebiet» anstrebt, wie Pedergnana sagt. Das heisst konkret: Die Wohnsiedlung soll zur Natur hin nicht wie geplant dreistöckig, sondern zweistöckig abgeschlossen werden.

Jörg Koch von Pensimo dämpft aber die Erwartungen. «Wir möchten an der Veranstaltung das Projekt genau erklären und den Interessierten Red und Antwort stehen», sagt er. Ansonsten beschreibe man den ordentlichen Weg: Das Baugesuch sei eingereicht, nun warte man auf den Entscheid. Auch über den Verlauf des Wanderwegs, der über das Areal führt, könne man nicht debattieren: «Die Wegführung muss in der weiteren Projektierung geklärt werden. Diesbezüglich gibt es im Bauentscheid sicher Auflagen, die in der Realisierung berücksichtigt werden.»



Hier sagen sich Fuchs und Hase wohl bald nicht mehr gute Nacht: Die Infotafel zum Naturweg Dättnau wird als Protesttafel umgenutzt. Bild: Marc Dahinden

ÜBERBAUUNG IN DÄTTNAU



Es war einmal ein Sparprojekt

Der Gemeinderat hoffte, viel Geld zu sparen, und erkundigte sich nach dem zentralen Immobilienmanagement. Er erhält eine ernüchternde Antwort.

Zuerst waren es 4,5 Millionen Franken pro Jahr, die der Stadtrat mit einer konsequenten Zentralisierung des Immobilienmanagements sparen wollte. Das war 2005. Vier Jahre später waren es immerhin noch 3,8 Millionen. Weil danach nicht mehr viel passierte, erkundigte sich das Parlament in einer Interpellation, wie viele Millionen denn nunmehr in der Kasse bleiben, wenn die Abteilung Immobilien alle Liegenschaften der Stadt verwaltet.

Campingplatz und Gatterhütte

Die gestern veröffentlichte Antwort fällt ernüchternd aus. Der Stadtrat verspricht zwar mehr Transparenz: Die zentrale Immobiliendatenbank sei in Betrieb und neu führe die Verwaltung eine einheitliche Liegenschaftsrechnung. Doch eigentlich buchstabierte er auf sieben Seiten zurück. Bereits 2009

wurde entschieden, dass die Departemente für ihre Gebäude verantwortlich bleiben. Zum Immobilienamt gewechselt haben nur die Alterswohnungen, der Campingplatz und die Gatterhütte – eine Waldhütte. Dass auch Schulhäuser, Turnhallen, Altersheim oder Kulturbauten zentral verwaltet werden, sei nicht sinnvoll, hält der

«Zu erwarten ist nicht in erster Linie eine Verbesserung der Rechnung»

Der Stadtrat

Stadtrat jetzt erneut fest. Zu spezifisch seien die Bedürfnisse der Nutzer und zu eng die Verbindungen zu den entsprechenden Verwaltungszweigen.

Der Befund überrascht nicht: Departemente geben ungern Kompetenzen ab. Aufhorchen lässt der Satz, dass mit dem zentralen Immobilienmanagement «nicht in erster Linie eine Ver-

besserung der Rechnung, sondern ein qualitativer Gewinn und letztlich ein besserer Einsatz der bewilligten Mittel zu erwarten» sei. Somit ist das einst als wichtiger Bestandteil des Sanierungsprogramms von 2007 aufgegleiste Vorhaben gar kein Sparprojekt mehr.

Übrig bleibt eine Million

Aus sozialen Überlegungen verzichtet der Stadtrat darauf, private Firmen mit der Hauswartung und Reinigung zu beauftragen. Allein damit hätte die Stadt über zwei Millionen sparen können. Vom einstigen Sparversprechen sind noch 1,1 Million Franken übrig geblieben. Eine weitere Million soll bald folgen; über die dafür nötigen Schritte entscheidet der Stadtrat aber erst in den nächsten zwei Jahren.

Zum besseren Ergebnis tragen neu ausgehandelte Serviceverträge oder eine Staffellung der Unterhaltsarbeiten bei. Zudem will die Stadt die Mieten in ihren Finanzliegenschaften erhöhen und Einfamilienhäuser verkaufen. Allein für externe Berater, die in das Projekt involviert waren, gab die Stadt übrigens fast 600 000 Franken aus. (fmr)

Ruhe im Glockenstreit

Im Disput um den Glockenschlag der Herz-Jesu-Kirche zeichnet sich noch keine Lösung ab. Die Stadt will die Resultate von Lärmmessungen abwarten.

An der Kirchgemeindeversammlung der Katholiken in dieser Woche bewegten zwei Themen die Gemüter. Zum einen wardasdieRücktrittsankündigung von Kirchenpräsident Peter Allemann. Der 69-Jährige zieht sich per 29. Februar 2012 aus der Behörde zurück, altershalber und um nach fast zehn Jahren im Amt jemand Neuem Platz zu machen. Der Rücktritt erfolge absichtlich in der Mitte der Legislatur, sagt Allemann. «Wir wollten verhindern, dass es gleich in mehreren Kernressorts zu Wechslen kommt.» Zudem habe er wichtige Geschäfte (wie die Vorbereitungen für die 150-Jahr-Feier der Römisch-katholischen Kirchgemeinde Winterthur) abschliessen wollen.

Zu einem Ende bringen würde Allemann gerne auch den Streit um den Glockenschlag der Herz-Jesu-Kirche; das zweite Thema, das an der Ver-

sammlung auf Interesse stiess. Nachdem eine Mediation mit lärmempfindlichen Anwohnern und Vertretern der Pfarrei vor einem halben Jahr gescheitert war, blieb der Vorschlag übrig, das Läuten der Glocken gesamtstädtisch zu regeln. Seither warte man auf die Einladung des Stadtrats, sagt Allemann.

Verschiedene Präferenzen

Seine Kirchgemeinde unterstützt die Erarbeitung einer «demokratischen Lösung», die Befürworter und Gegner des Glockenschlags einbeziehe. An den Runden Tisch setzen wollen sich auch die sieben Evangelisch-reformierten Kirchgemeinden. Allerdings unter anderen Vorzeichen: Weil ihnen keine Beschwerden vorliegen, wollen sie ihre Läutordnung zumindest vorerst nicht ändern. Die Anwohner im Zelligi-Quartier pochen auf eine schnelle Lösung ihres Lärmproblems. Der Stadtrat schliesslich will die Ergebnisse eines Lärmgutachtens abwarten, bevor er weitere Schritte unternimmt. Der Bericht soll demnächst vorliegen – die Ruhe im Glockenstreit ist also nur noch von kurzer Dauer. (mcl)